



Einvernehmlich. TV-Debatte mit den republikanischen Kandidaten (v.l.) Santorum, Bachmann, Gingrich, Romney, Paul, Pawlenty und Cain. Foto Keystone

Alle gegen die «Obama-Depression»

Die republikanischen Herausforderer präsentieren sich pointiert konservativ

DIETMAR OSTERMANN, Washington

Die sieben erklärten Präsidentschaftskandidaten der US-Republikaner sind bei ihrer ersten grossen Wahldebatte überaus nett miteinander umgegangen. Dafür fanden sie kein gutes Wort für den Präsidenten.

«Junge, das ist eine harte Frage.» Der Kandidat tupft sich den Schweiß von der Stirn. Ob es etwas gebe, was Barack Obama richtig gemacht habe, wurde Ron Paul gefragt. Irrendetwas, vielleicht in der Wirtschaftspolitik? «Nein, nein, mir fällt nichts ein», muss der Abgeordnete aus Texas passen. Wie Paul ging es in der Nacht auf Dienstag bei der ersten grossen Fernsehdebatte der US-Republikaner im angehenden Präsidentschaftswahlkampf allen auf der Bühne des Saint Anselm College von New Hampshire.

Sechs Herren und eine Dame präsentierten sich da, die im Sommer 2012 von ihrer Partei zum Herausforderer des Präsidenten nominiert werden möchten. Es war eine erste Gelegenheit, aus dem noch unübersichtlichen Bewerberfeld

der Grand Old Party hervorstechen. Doch auf der Bühne herrschte seltene Eintracht. Eine ernsthafte Debatte mochte gar nicht aufflammen, zu einig waren sich die Kandidaten: einig darin, dass das Land einen radikalen Kurswechsel brauche.

DIE GRÖSSTE SCHWÄCHE. «Obama ist gescheitert», rief Mitt Romney, Ex-Gouverneur von Massachusetts; Umfragen räumen ihm derzeit die besten Chancen für die Rolle des Obama-Herausforderers ein. Der frühere Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, erklärte: «Wir brauchen einen neuen Präsidenten, um die Obama-Depression zu beenden.»

Schon nach wenigen Minuten war klar, wo die republikanischen Herausforderer die grösste Schwäche des Amtsinhabers sehen: in der hohen Arbeitslosigkeit, der schwächelnden Konjunktur, den Rekordschulden. «Ich möchte heute Abend verkünden: Präsident Obama ist ein Präsident mit einer Amtszeit», gab sich die Ab-

geordnete und konservative Tea-Party-Exponentin Michele Bachmann siegesgewiss, die in der Debatte offiziell ihre Bewerbung für das Weisse Haus erklärte.

Von jenem Richtungsstreit in der Partei, der vor der Kongresswahl im vergangenen November noch offen bei den Republikanern getobt hatte, war auf der Bühne des Saint Anselm College nichts mehr zu sehen. Letztes Jahr hatten sich moderate Republikaner noch dem Rechtsruck der erzkonservativen Tea-Party-Bewegung entgegengestemmt. Diesmal übernahmen praktisch alle Kandidaten das Programm der Teerebellen, die den US-Staat radikal schrumpfen wollen. Dass dabei ein Widerruf der umstrittenen Gesundheitsreform Obamas nur der Auftakt wäre, wurde rasch deutlich. Auch das als Lehre aus der Weltfinanzkrise von den Demokraten verabschiedete Wall-Street-Gesetz soll zurückgedreht werden.

CNN-Moderator John King fragte immer wieder nach der Rolle des Staates, worauf sich

ein Wettlauf im Streichen und Schrumpfen entspannt: Bachmann rief dazu auf, auch die Umweltbehörde EPA abzuschaffen. «Sie sollte Agentur für Arbeitsplatzvernichtung heissen», klagte die Abgeordnete aus Minnesota.

Gingrich kündigte an, als Präsident werde er Gewerkschaftsrechte einschränken. Auch die Raumfahrt sieht er besser in der Hand privater Unternehmen aufgehoben. «Dann hätten wir längst eine Mondstation.»

KRITIK AN BUSH. Trotz immer häufigerer Hilferufe der Provinzen an Washington, so zum Beispiel nach Überschwemmungen und Stürmen, erklärte Romney, der Katastrophenschutz sei besser Sache der Einzelstaaten als der Bundesregierung.

Auch die noch unter dem Republikaner George W. Bush eingeleitete Rettung der Autoindustrie, die dem einstigen Branchenprimus General Motors das Überleben sicherte und inzwischen erste Früchte trägt, kritisierte er als eine

«Verschwendung von 17 Milliarden Dollar.»

Der frühere Pizzeriaunternehmer Herman Cain wiederum will das staatliche Rentensystem privatisieren und die Aufsicht der Lebensmittelbehörden einschränken. Der Libertäre Paul, bekannt für die unbedingte Überzeugung, dass freie Märkte alles richten, plädierte einmal mehr für die Abschaffung der US-Notenbank Fed. Der ehemalige Gouverneur von Minnesota, Tim Pawlenty, verteidigte seinen Wirtschaftsplan, der mittels weiterer drastischer Steuersenkungen einen Boom verspricht und den USA ein Jahrzehnt mit wundersamen Wachstumsraten von fünf Prozent verheisst – bei gleichzeitig massivem Schuldenabbau. Gefragt, ob das realistisch sei, antwortete Romney: «Tim hat die richtigen Ideen.»

«Es ist eine sehr andere republikanische Partei als 2008», fasste CNN-Kommentatorin Gloria Borger nach zwei Stunden die Debatte zusammen: «viel konservativer, viel weniger interventionistisch.»

Kyoto-Protokoll steht vor dem Aus

Das Klimaabkommen betrifft bald nur noch Europa, Australien und Neuseeland

CHRISTIAN MIHATSCH, Bangkok

Das Kyoto-Protokoll galt als Durchbruch im Kampf gegen den Klimawandel. Doch nun steht es vor dem Abbruch: Nur noch die EU, die Schweiz, Norwegen, Australien und Neuseeland sind bereit, über eine Verlängerung zu verhandeln.

Wenn vom Klima die Rede ist, denken viele Europäer an das Kyoto-Protokoll. In diesem Abkommen haben sich die Industriestaaten zu einer Senkung ihrer CO₂-Emissionen verpflichtet. Doch das Abkommen läuft Ende 2012 aus, und eine Verlängerung des Vertrags ist ein wichtiges Thema bei den Klimaverhandlungen, die derzeit in Bonn stattfinden. Dabei ist jetzt schon klar, dass das Protokoll bald nur noch Europa (inklusive der Schweiz und Norwegen) sowie Australien und Neuseeland betrifft. Die USA haben das Abkommen nie ratifiziert, und nun steigen auch Japan, Kanada und Russland aus.

Im Fall von Kanada ist dies nicht erstaunlich. Wegen des Abbaus von Teersand zur Ölproduktion sind die kanadischen CO₂-Emissionen seit 1990 massiv

gestiegen. Die konservative Regierung weigert sich, das lukrative Geschäft wegen des Klimas einzuschränken. Japan argumentiert da verantwortungsvoller: Tokio verlangt, dass sich auch die grossen Schwellenländer wie China und Indien zu einer Begrenzung ihrer Emissionen verpflichten. Trotz «Kyoto» haben die japanischen Emissionen letztes Jahr einen neuen Rekordwert erreicht, der dieses Jahr wohl erneut übertroffen wird.

Im Fall von Russland ist der Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll gar positiv: Das Abkommen nutzt 1990 als Referenzjahr, als die Sowjetindustrie noch weitgehend intakt war. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Planwirtschaft sind die russischen Emissionen deutlich gesunken. Gemäss Kyoto-Protokoll könnte Russland diese ungenutzten Emissionsrechte an andere Länder verkaufen. Steigt Moskau nun aus, verfallen die Verschmutzungsrechte und die Verhandlungen über eine Verlängerung des Protokolls werden einfacher.

Auch die verbleibenden Industrieländer, vorneweg die EU-Staaten, sind nicht bereit, das Protokoll ohne Gegenleistung anderer grosser Länder zu verlängern: «Es ist noch lange nicht klar, dass die EU einer Verlängerung zustimmt», sagt EU-Verhandlungsführer Artur Runge-Metzger. Wie Japan hätte die EU lieber ein einziges Abkommen mit Emissionsobergrenzen für Industrie- und Entwicklungsländer. Doch der Abschluss eines solchen Abkommens ist derzeit nahezu ausgeschlossen. Da US-Präsident Obama mit seinem Klimagesetz im Senat gescheitert ist, gilt eine Zustimmung zu einem internationalen Klimavertrag als illusorisch.

Auch die Entwicklungsländer wehren sich gegen rechtlich verbindliche Emissionsobergrenzen. Deshalb würde es der EU reichen, wenn diese Länder zumindest national verbindliche Emissionsziele festlegen und Massnahmen zu deren Umsetzung einleiten. «Die verbleibenden Kyoto-Länder machen nur zehn bis zwölf Prozent der globalen Emissionen aus», sagt Runge-Metzger.

Eine Verlängerung von «Kyoto» sei daher nur sinnvoll, wenn es auch Regeln für die restlichen 90 Prozent der Emissionen gibt.

LÜCKE. Selbst wenn es gelingen sollte, bei der Klimakonferenz in Durban im November eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls zu verabschieden, entsteht eine Lücke im internationalen Klimaregime. Denn ein neues Abkommen muss in den beteiligten Ländern ratifiziert werden. Das braucht Zeit.

Das Kyoto-Protokoll wurde 1997 verabschiedet und trat 2005 in Kraft. Es gilt daher als unrealistisch, dass eine Verlängerung des Protokolls pünktlich zum 1. Januar 2013 in Kraft ist. Das ist eine Gefahr für einen Teil des CO₂-Markts, auf dem Länder und Unternehmen Emissionsreduktionen in Drittländern vornehmen können, um Kosten zu sparen. Auch hier kommt es auf die EU an: Als Hauptabnehmerin für diese Verschmutzungsrechte braucht sie kein internationales Abkommen, um diesen Markt am Leben zu erhalten.

nachrichten

Parteien wollen mit Erdogan verhandeln

ISTANBUL. Nach dem Sieg der islamisch-konservativen Partei AKP in der Türkei will die Regierungspartei mit der Opposition Gespräche über eine neue Verfassung aufnehmen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan werde Unterhändler zu den anderen Parteien schicken, um sich deren Meinung anzuhören, wie die türkische Zeitung «Sabah» berichtet. Die Verfassung sei für Erdogan nach der Regierungsbildung das wichtigste Thema. Kemal Kilicdaroglu, Vorsitzender der grössten Oppositionspartei CHP, erklärte sich bereit, mit der AKP einen Kompromiss auszuarbeiten. DPA

Syrische Truppen rücken weiter vor

DAMASKUS. Nach dem Sturm auf die Kleinstadt Jisr al-Shughour haben syrische Truppen gestern Dienstag ihre Offensive in der nordwestlichen Provinz Idlib fortgesetzt. Dutzende Panzer rückten nach Angaben der Opposition auf die südlich gelegene Stadt Maarat al-Numan vor. Die Zahl der syrischen Flüchtlinge in der Türkei ist am Dienstag auf mehr als 8500 Menschen gestiegen. DPA

Todesstrafe für Schwule in Kenia

NAIROBI. Muslimische Führer in Kenia haben die Todesstrafe für Homosexuelle verlangt. Diese sollten von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden, wie Sheikh Mohammed Khalifa vom Rat der Imame und Prediger in Kenia gegenüber der Zeitung «Daily Nation» sagte. Sollte die Regierung nicht erlauben, das islamische Recht (Scharia) gegen Homosexuelle anzuwenden, solle sie die Einführung der Todesstrafe oder lebenslanger Haft erwägen. DPA

Palästinenser unter europäischem Druck

JERUSALEM/RAMALLAH. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, warnte die Palästinenser am Dienstag in Ramallah davor, die von ihnen beabsichtigte Anerkennung eines unabhängigen Staates mithilfe der Vereinten Nationen erreichen zu wollen. Solch einseitige Schritte könnten die Lösung des Konfliktes noch schwieriger machen. Gleichentags warnte der deutsche Ausserminister Guido Westerwelle bei seinem Besuch in Jerusalem vor einer Eskalation des Nahostkonflikts und forderte beide Konfliktparteien dazu auf, einseitige Schritte zu unterlassen. DPA

ANZEIGE



Schimmel.

Das klassische deutsche Qualitäts-Klavier.

Modell C 120 I

Monatsmiete CHF 130.-

Musik Hug

Zürich, Basel, Luzern, St. Gallen, Lausanne